A4

Antrag

Initiator*innen: Vorstand der GRÜNEN JUGEND München (dort beschlossen am: 27.01.2024)

Titel: **“Innenstadt für alle!” zum Parteitagsschwerpunkt machen**

Antragstext

“Innenstadt für alle!” und damit die Frage nach der Umverteilung des öffentlichen Raums, sowie der autoarmen Innenstadt, soll zum Schwerpunktthema des nächst-möglichen geeigneten Parteitags von B’90/ Die GRÜNEN München (sollte SA1 angenommen werden eines Debattenparteitags, sonst eines regulären Stadtparteitags), i.e. im Juli 2024, gemacht werden, um eine breite Debatte – über eine Rede und eine Gegenrede hinaus – zu ermöglichen, mit dem Ziel möglichst breit getragene, konsequente Beschlüsse zu fassen.

Begründung

Straßenverkehr verursacht mehr als 34% der Münchner CO2-Emissionen. Lärmbelastung, Luftverschmutzung, Staus, vollgeparkte Straßen, Unfälle – all das kann durch weniger Autos reduziert werden. Auch die Zahl der Verkehrstoten kann reduziert werden im Sinne der Vision Zero. Wir sprechen uns für eine Umverteilung des öffentlichen Raums aus und kritisieren den aktuellen Status Quo des autozentrierten Münchner Verkehrs. Im Zentrum der Stadtgestaltung müssen Menschen und ihre Bedürfnisse stehen. Nicht alle Menschen können Autos nutzen, stattdessen brauchen wir offene Mobilitätsmöglichkeiten. Dazu gehören breitere Fußwege, die ohne Hürden mit Kinderwagen, Rollator oder Rollstuhl genutzt werden können. Und Sitzmöglichkeiten, um Pausen einzulegen. Davon profitieren nicht nur alte, mobilitätseingeschränkte und schwangere Menschen oder Kinder, sondern alle, die sich ohne Konsumzwang in der Innenstadt aufhalten wollen. Zusätzlich brauchen wir einen schnellen Ausbau von Radverkehr und ÖPNV.
Mit der Umverteilung des Raums können wir außerdem Synergien in der Klimaanpassung nutzen. Grünflächen statt Asphalt kann der Aufheizung des Bodens entgegenwirken und Bäume können dies

unterstützen und Schatten kühlende Schatten spenden. Des Weiteren hilft eine Reduzierung der versiegelten Fläche, die in Zukunft zu erwartenden Starkregen Ereignisse, besser abzufedern - Stichwort Schwammstädte.

Unser Ziel ist es, den motorisierten Individualverkehr in München drastisch zu reduzieren. Deswegen gibt es in unserer autofreien Innenstadt auch keine Ausnahmen für Anwohner*innen Autoverkehr, sowie die Nutzung von E-Autos und das Angebot von Carsharing. Nur so kann München seine Klimaziele einhalten, sowie gerechter, inklusiver und lebenswerter gestaltet werden.

A5

Antrag

Initiator*innen: Ortsverband Giesing/Harlaching (dort beschlossen am: 28.02.2024)

Titel: **Rasche Umsetzung eines S-Bahn-Halts Menterschwaige**

Antragstext

Die Stadt München gilt als Stauhauptstadt Deutschlands. Im Jahr 2022 standen Pendler*innen hier im Schnitt 72 Stunden im Stau. Ein wirksames Mittel gegen Verkehrsstaus ist ein attraktiver und leistungsstarker ÖPNV.

Wer mit dem ÖPNV aus dem südöstlichen Umland Münchens oder aus Pasing und dem Westen nach Harlaching oder Grünwald gelangen möchte oder umgekehrt, muss einen zeitraubenden Umweg von gut einer halben Stunde über die Innenstadt nehmen. Ein attraktiver und schneller ÖPNV sieht anders aus. Gerade das Umland braucht mehr Möglichkeiten, den Münchner Süden mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen, seien es das Harlachinger Krankenhaus, der Tierpark Hellabrunn oder die Bavaria Filmstadt. Das gleiche gilt in umgekehrter Richtung beispielsweise für Ausflüge aus den südlichen Stadtteilen ins Alpenvorland, bei denen sich viele den umständlichen Weg über den Hauptbahnhof sparen und stattdessen mit dem Auto fahren.

Ein zusätzlicher S-Bahn-Halt in Harlaching auf Höhe der Großhesseloher Brücke mit Umsteigeverbindung zur Tramlinie 25 (Haidhausen-Grünwald) würde hier deutliche Abhilfe schaffen und das Umland mit Harlaching, Grünwald und Giesing verbinden. Bisher existiert eine solche Verbindung nicht, obwohl der Schienenweg bereits vorhanden ist (die S 20 und die BRB ins Oberland queren hier die Isar).

Ein Gutachten im Rahmen des Programms „Bahnausbau Region München“ der Bayerischen Staatsregierung hat das Nutzen-Kosten-Verhältnis eines Bahnhalts an

der Menterschwaige positiv bewertet. Somit wird eine solche Erweiterung des S-Bahn-Netzes auch von fachlicher Seite als wirtschaftlich und sinnvoll erachtet.

Eines unserer Mitglieder im OV Giesing-Harlaching, Martina Hennegriff, reichte im letzten Jahr eine entsprechende Petition an den Bayerischen Landtag ein. Im Februar hat der Ausschuss für Wohnen, Bauen und Verkehr die Petition nun behandelt und zugesagt, dass sich der Freistaat beim Bund für die Realisierung des Bahnhalts einsetzen wird. Es gilt jetzt, der bayerischen Staatsregierung weiter Druck zu machen, damit der S-Bahn-Halt Menterschwaige so schnell wie möglich umgesetzt wird.

Wir beantragen darum: Der Kreisverband möge eine zügige Umsetzung des Projekts „S-Bahn-Halt Menterschwaige“ im Rahmen seiner Möglichkeiten proaktiv unterstützen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

A7

Antrag

Initiator*innen: Samuel Moser

Titel: **Gesamtkonzept für die Entlastung des Verkehrs auf dem Altstadtring**

Antragstext

Die Landeshauptstadt München soll ein geeignetes Gesamtkonzept in Form eines Maßnahmenpakets erstellen, mit welchem das Verkehrsaufkommen auf dem Altstadtring und den mit ihm verbundenen Zubringerstraßen, reduziert werden kann. Zu diesen Hauptverkehrsstraßen zählen unter anderem die Lindwurmstraße, die Prinzregentenstraße, die Ludwigstraße/Leopoldstraße, die Fraunhoferstraße, und die Zweibrückenstraße/Rosenheimer Straße. Das Ziel ist es, den Altstadtring und Fahrten ins Stadtzentrum für den MIV deutlich unattraktiver zu gestalten und so den Raumbedarf des MIV zu verringern, um den Konflikt zwischen den verschiedenen Mobilitätsformen zu entschärfen. Durch die Reduzierung des MIV sollen Maßnahmen zur gerechteren Verteilung des Straßenraums erleichtert werden - insbesondere auch im Sinne des Münchner Radentscheids.

Begründung

Im gesamten Stadtgebiet kommt es immer wieder zu heftigen Protestreaktionen, wenn größere Hauptverkehrsstraßen überplant werden, um eine radentscheidskonforme Verteilung des Straßenraums umzusetzen - so wie aktuell in der Lindwurmstraße. Diese Maßnahmen sind jedoch sowohl aus verkehrspolitischer als auch aus klimapolitischer und gesundheitspolitischer Sicht absolut sinnvoll und erforderlich. Eine einzelne Wegnahme einer Fahrspur für den MIV kann jedoch ohne weitere begleitende Maßnahmen zu einer Überbelastung der Straße und enormen Widerstand bei den Bürger*innen führen. Um bei der Verkehrswende alle Bürger*innen mitzunehmen, braucht es deshalb ein Gesamtkonzept, das Maßnahmen nicht alleinstehend betrachtet, sondern Maßnahmen strategisch aufeinander abstimmt, sodass durch eine gezielte Reduzierung des MIV auch der Verkehr entlastet wird und die Auswirkungen von Maßnahmen zur Umverteilung des Straßenraums besser abgefedert werden können.

Der Altstadtring ist eine Hauptverkehrsroute, die mittelbar zu mehreren großen Konflikten geführt hat und auch immer noch führt, z.B. bei der Fraunhoferstraße und der Lindwurmstraße. Auch die Prinzregentenstraße wird in den nächsten Jahren zu einem enormen Konfliktherd werden, da im Rahmen der Planungen des Radschnellwegs nach Markt Schwaben eine Fahrspur notwendigerweise gestrichen werden wird, was allerdings die jetzt schon hochbelastete Verbindung zwischen A94 und dem Altstadtring inklusive Busverkehr noch stauanfälliger macht und sich auch auf andere umliegende Verkehrswege negativ auswirken könnte. Ohne begleitende verkehrssteuernde Maßnahmen, die den MIV weitgehend aus dem Stadtzentrum raushalten und so die betroffenen Straßen entlasten, werden derartige Maßnahmen nicht umsetzbar sein, ohne massiven politischen Widerstand gegen die einzelnen Maßnahmen und die Verkehrswende insgesamt auszulösen. Die Mobilitätsmöglichkeiten ins Stadtzentrum hingegen werden durch eine Reduzierung des MIV keineswegs eingeschränkt, da im Gegenzug der ÖPNV beschleunigt und die Radinfrastruktur verbessert wird.

Begleitend zu dem Gesamtkonzept muss auch eine Kommunikationsstrategie entwickelt werden, um das Ziel und den damit verbundenen Nutzen für die gesamte Stadtebevölkerung möglichst weit im Voraus darzustellen und zu vermitteln. Denn zu häufig werden die Bürger*innen nicht auf derartige Planungen vorbereitet und so in den medial zugespitzten Diskurs der Parteipolitik hineingezogen, wenn Beschlüsse bevorstehen. Je früher man die Anwohner*innen in solche Planungen einbindet, desto eher kann im Vorfeld für Verständnis geworben und die positiven Aspekte dieser Maßnahmen vermittelt werden.

Unterstützer*innen

Miriam Grottenthaler, Christoph Heidenhain, Christoph Hanusch, Christian Faber, Evelyn Eckert, Heiko Wöhrle, Mia Peters, Claudia Gollan, Sabine Möhler, Georg Ashton, Harald Schmidt, Eva Egartner, Cornelia Hagemann

L

Antrag

Initiator*innen: Gudrun Lux, Stadtvorstand, Fraktionsvorstand (dort beschlossen am: 15.04.2024)

Titel: **Moderne Mobilität möglich machen: Sicher, vernetzt und klimafreundlich**

Antragstext

Moderne Mobilität möglich machen: Sicher, vernetzt und klimafreundlich

Menschen wollen sich frei und sicher bewegen, um ihr Leben gut zu gestalten. Um dies umfassend und zukunftsfest zu ermöglichen, müssen wir Mobilität in unserer Stadt und darüber hinaus neu organisieren – das ist eine der zentralen Herausforderungen für Politik, Verwaltung und Gesellschaft. Denn Mobilität ist gesellschaftliche Teilhabe: wohnen, arbeiten, sich erholen, einkaufen, einander begegnen – all das erfordert, mobil zu sein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN München stehen für eine konsequente Verkehrswende, die möglichst vielen Menschen ein möglichst hohes Maß an Freiheit und Sicherheit bietet und dabei Mobilität insgesamt sicher, nachhaltig, sozial gerecht, inklusiv, gesund, klimafreundlich und platzsparend organisiert.

Klimawandel bremsen, Auswirkungen der Erdüberhitzung für München begegnen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN München sind überzeugt, dass es gerade für eine wohlhabende Stadt wie München eine Verpflichtung ist, einen größtmöglichen Beitrag zu leisten, den Klimawandel abzubremsen. Die Erdüberhitzung hat zudem lokal reale Auswirkungen: Damit Menschen auch in Zukunft hier gut leben können, muss München sich den nicht mehr vermeidbaren Folgen des Klimawandels anpassen. Mit seiner hohen Flächenversiegelung ist unserer Stadt eine Hitzeinsel. Deshalb müssen vollversiegelte Verkehrsflächen, darunter auch Parkflächen, kritisch geprüft werden. Jeder Umbau im Straßenraum soll Entsiegelung, sowie mehr

Straßenbäume und Begleitgrün (auch zum Sammeln von Regenwasser bei Starkregen) als planerischen Anspruch haben. Die Aufteilung der Verkehrsflächen muss weiter zu Gunsten von klimaverträglichem Verkehr – zu Fuß, mit dem Rad, mit Bus und Bahn – verändert werden.

Umwelt und Gesundheit der Menschen in München schützen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN München setzen sich für langsameren, lokal emissionsfreien und umweltverträglichen Verkehr und in absoluten Zahlen für weniger Fahrten mit Diesel- und Benzinfahrzeugen ein. Dies dient unmittelbar dem Schutz von Mensch und Umwelt, denn Abgase und Reifenabrieb belasten unsere Stadt: Stickstoffdioxid und Feinstaub gefährden die Gesundheit der Menschen, Schadstoffe belasten Böden, Pflanzen und Tiere. Dass der Gesundheitsschutz der Bürger*innen klare Priorität haben muss, bestätigt auch das Bayerische Verwaltungsgericht.[1] Wir fordern, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung der Grenzwerte zu garantieren und für saubere Luft in München zu sorgen. Entsprechend müssen Fahrzeuge, die besonders viele Schadstoffe ausstoßen, mit Einfahrverboten belegt werden. Ein Fahrverbot für recht wenige Fahrzeuge bedeutet Gesundheitsschutz für hunderttausende Menschen.

Gleichberechtigte Teilhabe für alle ermöglichen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN München setzen sich dafür ein, dass alle Menschen gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben und ihr Leben selbstbestimmt führen können. Freie und ungehinderte Mobilität im öffentlichen Raum ist dafür eine wesentliche Voraussetzung und ein wesentlicher Bestandteil davon. Wir nehmen dabei besonders die Gruppen in den Blick, die in den vergangenen Jahrzehnten in der Verkehrsplanung zu wenig Beachtung fanden: Kinder, Senior*innen, Menschen mit Behinderung oder Erkrankung sowie Armutsbetroffene. Damit sie sich frei und sicher bewegen können, müssen breite und komfortable Gehwege und sichere Querungen zur Verfügung stehen, zudem setzen wir uns für den Ausbau von Blindenleitsystemen ein, erhalten und vermehren bei Bedarf Behindertenparkplätze, barrierefreie Busse und Bahnen und vieles mehr. Wir begrüßen die strategische Weiterentwicklung der Kommunalen Verkehrsüberwachung (KVÜ) und fordern den weiteren Aus- und Aufbau der KVÜ, um durch konsequente Sanktionierung Wege freizuhalten. Mit einem Pilotprojekt zu Mikrobussen und E-Rikschas testen wir, wie wir die Altstadt besser erschließen können für alle, die nicht so gut zu Fuß sind. Mit dem Aufbau eines barrierefrei nutzbaren On-Demand-Systems stärken wir den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) insbesondere für verkehrsarme Zeiten und in Stadtrandgebieten. Mit dem geplanten regionalen Leihradsystem fördern wir besonders die intermodale Mobilität über Stadt- und Gemeindegrenzen.

Verkehrssicherheit vorantreiben

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN München wollen alle Hebel in Bewegung setzen, damit die *Vision Zero*[2] keine Vision bleibt, sondern in unserer Stadt Wirklichkeit wird. Wir fordern, fehlerverzeihende sichere Infrastruktur weiter auszubauen: etwa getrennte und geschützte Radwege, ausreichend Querungshilfen für den Fußverkehr sowie geschützte Kreuzungen und bauliche Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduktion. Bestehende Ermessensspielräume müssen genutzt werden, um die zulässigen Höchstgeschwindigkeiten wo immer erforderlich zu reduzieren. Wir wollen schrittweise getrennte Ampelschaltungen für Fuß- und Radverkehr sowie Autoverkehr einführen, sodass der geradeaus gerichtete Fuß- und Radverkehr vor abbiegenden Fahrzeugen geschützt ist. Geh- und Radwege sowie Kreuzungsbereiche und Sichtachsen von (falsch abgestellten) Fahrzeugen freizuhalten, ist ein wesentlicher Beitrag zur Sicherheit – entsprechend wichtig ist die Ahndung. Wir fordern, dass die KVÜ vollumfänglich die Kompetenz bekommt, regelwidrig abgestellte Kraftfahrzeuge abschleppen zu lassen.

Mehr Entscheidungsspielraum für die Kommunen!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN München fordern, die Kompetenz der Kommunen für die Organisation von Mobilität und Verkehr vor Ort endlich anzuerkennen und den Kommunen die entsprechenden Befugnisse und Möglichkeiten zu geben, zu gestalten und nicht nur zu verwalten. Wir kritisieren, dass die von hunderten Kommunen im Land lange ersehnte Neufassung der Straßenverkehrsordnung (StVO) am Widerstand der unionsgeführten Bundesländer unter Führung des Freistaats Bayern gescheitert ist. Wir fordern von Bundesregierung und den Ländern, einen neuen Anlauf zu unternehmen, die StVO so zu überarbeiten, dass der Fuß-, Rad- und öffentliche Verkehr konsequent geschützt, gefördert und bevorzugt wird. Insbesondere die CSU ist dabei aufgefordert, endlich ihr Misstrauen gegenüber der Fachkompetenz der Kommunen zu überwinden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN München fordern von der Landesregierung, den Kommunen die Befugnis zu geben, Bewohnerparken sowie Zeitparken angemessen zu bepreisen. Gerade auch um die stark steigenden Kosten für den ÖPNV zu stemmen, brauchen wir dringend weitere Finanzierungsmöglichkeiten, insbesondere in Zeiten, in denen Bund und Länder nicht bereit sind, die dringend notwendigen Mittel für die Nahverkehrsfinanzierung aufzustocken.

ÖPNV-Ausbau anschieben statt blockieren

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN München wollen einen starken ÖPNV, der – gut vernetzt insbesondere mit Fußverkehr, Fahrrad und Carsharing – zuverlässig, effizient und klimafreundlich zentral ist für die Mobilität der Menschen in unserer Stadt. Wir stehen zum Ausbau des ÖPNV, tragen die ambitionierten Ziele der grün-roten

Rathauskoalition vollumfänglich mit und begrüßen, dass Stadtverwaltung und Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) mit großem Einsatz insbesondere den Ausbau des Trambahnnetzes vorantreiben. Mit Querverbindungen zwischen den Stadtbezirken schaffen wir attraktive Direktverbindungen und kürzeren Fahrzeiten, so können wir neue Fahrgäste gewinnen und die innerstädtischen Umsteigeknoten entlasten. Dazu brauchen wir die Tram-Westtangente, die Tram-Nordtangente und die Tram im Münchner Norden. Wir dringen darauf, dass das Land Bayern die Kommunen bei der notwendigen Verkehrswende unterstützt. Wir treten der Infrastrukturverhinderungspolitik der CSU – in der Staatsregierung, im Stadtrat und in Bezirksausschüssen – entschieden entgegen. Mit der Blockade der Tram durch den Englischen Garten missbraucht der CSU-geführte Freistaat unter Missachtung getroffener Vereinbarungen seine Rolle als Eigentümer, offenbar um kurzfristige politische Gewinne zu erzielen. Wir fordern von Ministerpräsident und Staatsregierung, zu einer konstruktiven Haltung zurückzukehren und konkret mit der Landeshauptstadt und der MVG an einer Lösung zu arbeiten, um die Tram durch den Englischen Garten auf der bestehenden Busspur zu verwirklichen.

Stadt und Region zusammendenken

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN München stehen zur engen Zusammenarbeit in der Region. Auch mit den besten Konzepten, den klügsten Ideen und selbst dann, wenn unser städtischer Haushalt unerschöpflich wäre, ohne unsere Nachbargemeinden und Landkreise und ohne Unterstützung des Freistaats kann die Verkehrswende nicht gelingen. Gerade im Austausch mit unseren Nachbargemeinden und Landkreisen im Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) konnte in den letzten Jahren bereits einiges angeschoben werden – mit mehr und besser abgestimmten Buslinien zwischen Stadt und Umland, der Ringlinien im MVV-Gebiet zur Verbesserung der Querverbindungen, der Ausweitung des MVV-Gebiets um mehrere Landkreise. Derzeit arbeiten wir am größten regionalen Bikesharingsystem Deutschlands. Größtes Sorgenkind bleiben aber weiter die Münchner S-Bahn und auch viele wichtige Regionalzuglinien. Aufgrund der jahrzehntelangen Vernachlässigung der Bahn durch CSU-Verkehrsminister und des Missmanagements des Freistaats bei der S-Bahn – siehe das Desaster bei der S-Bahn-Stammstrecke – haben sich enorme Probleme aufgetürmt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN München fordert vom Freistaat Bayern endlich einen entschiedenen Einsatz für Deutschlands drittgrößtes S-Bahn-System. Dazu zählt der S-Bahn-Nordring, dessen Potenzial und Notwendigkeit von der dynamischen Entwicklung des Münchner Nordens unterstrichen wird.

Wirtschaftsverkehr effizient organisieren

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN München wissen: Ohne einen gut funktionierenden Wirtschaftsverkehr steht die Stadt still. Egal ob Fahrrad- oder Bioladen, Münchner Dax-Konzern oder städtisches Krankenhaus, Handwerk oder Gaststätte –

ohne leistungsfähigen Wirtschaftsverkehr geht es nicht. Ver- und Entsorgung müssen als notwendige Verkehre bevorzugt werden, Laden, Liefern und Leisten muss im gesamten Stadtgebiet möglich sein. Wir wollen die Vorteile der Digitalisierung massiv nutzen, um Wirtschaftsverkehr effizient und nachhaltig zu organisieren. Liefer- und Ladezonen für Unternehmen, Handwerker*innen und Lieferdienste werden ausgebaut, es sollen Möglichkeiten geschaffen werden, diese künftig vorab zu buchen. Wir begrüßen und unterstützen die vielfältigen Initiativen aus der Wirtschaft etwa zu Sharingkonzepten, Logistikhubs und dem Einsatz von Lastenrädern und kleinen Elektrofahrzeugen insbesondere auf der „letzten Meile“. Der Ausbau der E-Ladeinfrastruktur, einschließlich Schnellladen, ist dringend notwendig, nicht nur, aber auch, um den Einsatz von E-Mobilität im Wirtschaftsverkehr voranzutreiben.

Öffentlichen Raum für vielfältige Nutzung freimachen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN München wollen den knappen öffentlicher Raum für vielfältige Nutzung freimachen. Die auf grünes Betreiben eingeführten und verstetigten Schanigärten sind ein Erfolgsmodell. Auch konsumzwangfreie Parklets und Stadtterrassen haben wir mit der grün-roten Stadtratsmehrheit ermöglicht. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Optionen bekannter werden und niedrigschwellig in Anspruch genommen werden können, insbesondere von jungen Menschen und denjenigen, die weniger gut situiert sind und weniger oder gar keinen privaten Raum an der frischen Luft zur Verfügung haben. Die Förderung der geteilten Mobilität ist ein wesentlicher Beitrag, um öffentlichen Raum von parkenden Fahrzeugen zu entlasten und so Platz zu schaffen für vielfältigere Nutzungen. Die erfolgreich eingeführten Mobilitätspunkte, die geteilte Mobilität noch attraktiver machen, sollen ausgebaut werden.

Verkehrswende im Zentrum und in den Stadtteilen weiterentwickeln

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN München sehen, dass der Münchner Innenstadt eine besondere Rolle für die Verkehrswende zukommt. Sie ist hoch frequentiert, belebt und beliebt, bereits jetzt gut für ÖPNV, Fahrrad und zu Fuß erschlossen und durch diese erreichbar. Die Münchner Fußgängerzone im Herzen der Stadt ist Erfolgsmodell und Vorbild für viele Städte weltweit. Gemäß dem grün-roten Koalitionsvertrag verwirklichen wir schrittweise die weitgehend autofreie Altstadt. Wir wollen den Autoverkehr im innerstädtischen Bereich sukzessive reduzieren, indem wir attraktive Alternativen für die private und berufliche Mobilität schaffen und Wirtschaftsverkehr effizienter organisieren. Wir erweitern die bestehende Fußgängerzone und schaffen auch außerhalb der Altstadt neue Fußgängerzonen, und verkehrsberuhigte Bereiche, weisen echte Fahrradstraßen und echte Spielstraßen aus, erproben Modelle wie die Superblocks nach dem Vorbild Barcelonas und stärken die Aufenthaltsqualität für ein

menschenfreundliches München.

[1] Vgl. https://www.gruene-fraktion-muenchen.de/nach-urteil-des-verwaltungsgerichtshofs-gruene-fuer-stufe-2-des-zonalen-fahrverbots/

[2]*Vision Zero* im Sinne einer Verkehrssicherheitsstrategie, die die Vermeidung tödlicher und schwerer Unfälle im Straßenverkehr zum Ziel hat.

Unterstützer*innen

Thorsten Kellermann, Andre Hermann, Henriette Kuhrt, Dieter Janecek, Ines Allinger, Johannes Reichel, Alexander König, Florian Schönbeck, Jan-Hendrik Müller, Anais Schuster-Brandis, Thomas Häusler, Andrea Stadler-Bachmaier, Wolfram Gothe, Martin Züchner, Jörg Spengler, Lendita Musliji, Joachim Weiss, Benoît Blaser, David Süß

A1

Antrag

Initiator*innen: Christopher Stark

Titel: **Das Gespräch mit den Organisatorinnen der Friedenskonferenz suchen**

Antragstext

1. Die Stadtversammlung fordert die grüne Stadtfraktionsfraktion auf, das Gespräch mit den Organisator/innen der Münchner Friedenskonferenz zu suchen, um Wege für eine Weiterführung der finanziellen Förderung durch die Stadt München zu finden.

Begründung

Der unten beschriebene Antrag der Stadträt*innen wurde erst nach der Antragsfrist für die Stadtversammlung bekannt. Er hat in der Presse einige Aufmerksamkeit gefunden und es bedarf einer Stellungnahme durch die Parteibasis.

Stadträt*innen der Grünen Fraktion/ Rosa Liste und SPD/ Volt Grüne und SPD haben nach der Antragsfrist für die Stadtversammlung am 1.2.2024 zur Überraschung aller Betroffenen den Antrag gestellt, die auch für dieses Jahr schon mündlich zugesagte Förderung der Internationalen Münchner Friedenskonferenz durch das Kulturreferat zurückzuziehen. Zur Begründung hieß es, der kommunale Bezug sei nicht vorhanden.
Den hat es allerdings bisher seit Jahrzehnten gegeben, denn z.B. am12.8.2015 gab es einen Antrag der Grünen im Stadtrat (im ru-2015-12.pdf):
(Zitat)„...Es würde der LH München daher gut anstehen, parallel zur Sicherheitskonferenz eine Frauenfriedenskonferenz zu veranstalten und somit einer aktiven Friedenspolitik eine stärkere Stimme zu geben... ...Zivilgesellschaftliche AkteurInnen tragen jedes Jahr als Alternativveranstaltung zur Sicherheitskonferenz die Münchner Friedenskonferenz aus – mit vielen guten Strategien und ReferentInnen, allerdings ohne den spezifisch feministischen Ansatz. Diese MacherInnen sollen bei den Planungen und Überlegungen zur Frauenfriedenskonferenz unbedingt mit einbezogen werden.
Im Grundsatzprogramm der Grünen von 2020 ist Frieden als ein die Grünen einender Grundwert

beschrieben:
„(51)Gewaltfreiheit ist mehr als die Nichtanwendung physischer Gewalt, Frieden mehr als die Abwesenheit von Krieg. Der Einsatz für eine Kultur der Gewaltfreiheit umfasst als wichtige Querschnittsaufgabe weit mehr als den Bereich der Außenpolitik. Kooperation, Dialog, demokratischer Ausgleich von Interessen, Abrüstung und die Stärke des Rechts, genauso Multilateralismus, internationale Partnerschaft und europäische Einigung sind der Weg, um globale Herausforderungen, vor denen die Menschheit als Ganzes steht, zu bewältigen. Ziel bleibt, durch eine Politik für Gewaltfreiheit mittel und langfristig die politische Institution des Krieges zu überwinden."

Zudem ist die Friedenskonferenz in München doch zweifellos eine Veranstaltung mit kommunalem Bezug; die Suche nach Wegen zum Frieden betrifft eine jede Münchnerin und jeden Münchner, wenn auch nicht auf die gleiche restriktive Art wie sie die Münchner Sicherheitskonferenz, wie selbstverständlich, von unserer Stadt einfordert und auch bekommt.
Wir, die Unterzeichner*innen, sehen in der Friedenskonferenz eine große und einzigartige, auch über die Grenzen der Stadt hinausreichende positive Wirkung. Hier finden sich teils auch sehr unterschiedliche und kontroverse Ansätze auf der Suche nach Lösungswegen hin zu einer friedvollen Koexistenz auf diesem Planeten.
Wir bitten die Antragszeichner*innen aus der grünen Stadtratsfraktion, sich auf ein Gespräch mit den Organisator*innen der Konferenz einzulassen, da wir davon ausgehen, dass sich dadurch der Großteil aller wohl im Hintergrund des Antrags aufgeworfenen Vorwürfe als unzutreffend herausstellen werden.
Wir wünschen uns eine Grüne Diskussionskultur, die offen bleibt für die unterschiedlichen Aspekte der Dinge, von ganz unterschiedlichen Personen vorgetragen, aber immer von dem Wunsch getragen, Frieden möglich zu machen.

Antragsteller:
Christopher Stark, OV Pasing und Thomas Mohr, OV Hadern

Unterstützer*innen

Martin Ottensmann

A2

Antrag

Initiator*innen: AK Digitales und Gesellschaft (dort beschlossen am: 22.01.2024)

Titel: **Mehr Unterstützungsangebote für kommunale Politiker:innen - Gegen Hass und Hetze**

Antragstext

Die Stadtversammlung fordert die Stadtratsfraktion 'Die Grünen – Rosa Liste' auf, sich im Stadtrat einzubringen, um zielgruppenspezifischere Angebote für den Schutz der kommunalen Politiker:innen gegen Hass und Hetze zu etablieren. Zielsetzung der zielgruppenspezifischen

Unterstützungsangebote soll sein:

a. Gewährleistung einer effektiven und zeitnahen Reaktion auf Notfälle wie z.B. Hass-Angriffe auf Social Media.

b. Sicherstellung, dass die Kommunalpolitiker:innen schnell und angemessen auf derartige Krisen reagieren können.

c. Vernetzung mit kommunalen und externen Expert:innen, die in der Lage sind, schnell und effektiv auf diese Angriffe zu reagieren.

d. Hilfestellungen, um die Art und Tragweite des Angriffs, ggf. strafrechtlich relevante Inhalte und mögliche Gefährdungspotenziale zu erkennen und in der dem Angriff angemessenen Zeit den Kontakt zwischen den angegriffenen Kanditat:innen und den richtigen Expert:innen herzustellen.

e. Vernetzung mit Sicherheitsdiensten, Rechtsberater:innen.

f. Koordination mit lokalen Behörden und Notfallorganisationen.

Sichtbare und insbesondere online schnell auffindbare Informationen und Unterstützungsangebote werden durch begleitende Maßnahmen flankiert, etwa Trainings für Kommunalpolitiker:innen, wie sie rechten und/oder verleumderischen Inhalten auf Social Media sicher entgegentreten und ihre Kommunikationskanäle vor Angriffen schützen. Weitere Schulungsinhalte betreffen Krisenmanagement und -kommunikation sowie Sensibilisierung für mögliche Gefahren und Herausforderungen in der Kommunalpolitik.

Zudem fordern wir, vorbeugende Maßnahmen und Tipps auszuarbeiten und den Kommunalpolitiker:innen zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Die aktuelle gesellschaftliche Lage zeigt deutlich auf, dass unsere Demokratie und alle, die für sie einstehen, immer mehr unter Druck geraten. Rechte Netzwerke werden auch in Zukunft massiv gegen einen demokratischen Wahlkampf und unsere Kandidat:innen online und vor Ort vorgehen. Auch andere Parteien werden zunehmend häufiger bedroht. Darauf müssen wir uns vorbereiten und unsere sowie alle demokratischen Kandidat:innen unterstützen. Daher fordern wir zielgruppenspezifischere Angebote für den Schutz der kommunalen Politiker:innen gegen Hass und Hetze. Denn nur, wenn wir unsere Vielfalt in unserer und anderer demokratischen Parteien schon vor dem ersten Mandat schützen, sind wir in der Lage, unsere Demokratie zu verteidigen. Es muss für die Menschen, die für unsere Demokratie antreten, selbstverständlich sein, dass sie die Möglichkeit haben, sich, ihre Wohnung und ihre Familienangehörigen vor Angriffen zu schützen.

Unterstützung von politisch Aktiven bei einer effektiven Krisenbewältigung stärkt das Vertrauen der Wähler:innen in die Demokratie und auch unsere Grünen Kandidat:innen während des Wahlkampfs.

A3

Antrag

Initiator*innen: AK Migration und Flucht (dort beschlossen am: 25.01.2024)

Titel: **Keine weitere Stigmatisierung von Geflüchteten in München**

Antragstext

Liebe Mitglieder der Stadtratsfraktion Die Grünen – Rosa Liste,

wir stellen den Antrag zur Ablehnung der von der Bayerischen Landesregierung für ANKERzentren und Anschlußunterkünften beschlossenen Bezahlkarte für dezentrale Unterkünfte in München. Gleichzeitig möchten wir die Schaffung einer alternativen Zahlungsmethode für dezentrale Unterkünfte anregen, die die Verwendung von Bargeld ermöglicht. Diese Maßnahme ist von entscheidender Bedeutung, um die Würde und die soziale Integration schutzsuchender Personen zu wahren sowie potenzielle negative Auswirkungen, wie Stigmatisierung und die Förderung von kriminellen Handlungen, zu vermeiden.

Wir fordern, dass die Stadtratsfraktion Die Grünen – Rosa Liste die Einführung der geplanten Bezahlkarte der Bayerischen Landesregierung für dezentrale Unterkünfte in München ablehnt. Stattdessen soll eine alternative Zahlungsmethode eingeführt werden, die die Verwendung von Bargeld ermöglicht, um die genannten Probleme zu vermeiden.

Wir schlagen vor, dass die Stadt München in Zusammenarbeit mit relevanten Organisationen und Experten eine Lösung entwickelt, die sicherstellt, dass schutzsuchende Personen ihre täglichen Bedürfnisse auf respektvolle und integrative Weise decken können, ohne stigmatisiert zu werden oder in illegale Aktivitäten gedrängt zu werden. Als Beispiel könnte die SocialCard aus Hannover dienen. Warum ist es so wichtig für Asylsuchende? Es geht hier um Menschen in Notsituationen, denen wir Teilhabe ermöglichen müssen, gleichzeitig wollen wir den Verwaltungsaufwand bei den Sozialleistungen reduzieren. Die SocialCard basiert auf einer herkömmlichen Visa Debitkarte, ist sofort einsetzbar und wird

auf Guthabenbasis geführt, sodass nur die Stadt das Guthaben buchen kann. Beispiel: Die Stadt Hannover, eine der ersten Kommunen in Deutschland hat die SocialCard für Asylsuchende eingeführt zusammen mit dem Unternehmen Publk GmbH. Wir wollen, dass auch München die SocialCard einführt, nur so können wir Menschen in Notsituationen helfen und gleichzeitig wollen wir eine moderne und innovative Kommune werden.

Wir hoffen auf eure Unterstützung bei diesem wichtigen Anliegen und stehen zur Verfügung, um weitere Informationen bereitzustellen oder an einer konstruktiven Diskussion teilzunehmen.

Die Stadtversammlung lehnt den bayerischen Sonderweg einer Bezahlkarte für Geflüchtete, die auf Abschreckung ausgerichtet ist ab.

Die Bayerische Staatsregierung macht mit ihrer schnellen Ausschreibung einen bundesweiten Alleingang, ohne Expert*innen, Sozialverbände und Kommunen mit einzubeziehen.

Die Fraktion Die Grünen- Rosa Liste im Stadtrat wird aufgefordert, sich für folgende Punkte im bayerischen Städtetag einsetzen:

- Die Entwicklung einer alternativen Zahlungsmethode, welche die Abhebung von Bargeld in frei wählbarer Höhe ermöglicht, wird bayernweit eingefordert. Dabei sollen kommunale Vergleiche mit „best practice“ Beispielen wie der social Card in Hannover herangezogen werden.
Diese lässt sich nicht von "normalen Bankkarten" unterscheiden und wirkt so nicht spaltend/ ausgrenzend.

- Überweisungen und Online Einkäufe müssen auch Geflüchteten ermöglicht werden.

- Die Staatsregierung wird aufgefordert, mit den Kommunalverwaltungen und Sozialverbänden gemeinsam an einer guten, bürokratiearmen Lösung für den Verwaltungsvollzug zur Ausgabe der Bezahlkarten zu arbeiten.

- Die Fraktion lässt prüfen, inwiefern eine Einführung der Bezahlkarte in München/ von den Kommunen abgelehnt werden kann.

Begründung

Begründung für die Ablehnung:

1. Stigmatisierung: Die Einführung einer Bezahlkarte könnte zu einem Stigma für die Personen in städtischen Unterkünften führen. Die öffentliche Kenntnis darüber, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen diese Karte

verwenden müssen, könnte zu Ausgrenzung und Diskriminierung führen. Dies könnte das soziale Gefüge in der Gemeinschaft beeinträchtigen und den Integrationsprozess der Schutzsuchenden erschweren.

2. Kriminalitätsförderung: Die Beschränkung auf eine elektronische Bezahlkarte könnte dazu führen, dass Menschen gezwungen sind, Bargeld auf dem Schwarzmarkt zu beschaffen, um bestimmte Waren und Dienstleistungen zu erwerben. Dies könnte zu illegalen Aktivitäten führen und die Betroffenen in kriminelle Kreise drängen.

3. Entwürdigung der Schutzsuchenden Personen: Die ausschließliche Verwendung einer Bezahlkarte könnte als entwürdigend empfunden werden, da sie den Betroffenen ihre finanzielle Autonomie nimmt und sie auf eine bestimmte Form der Zahlung beschränkt. Dies könnte das Selbstwertgefühl und die Selbstbestimmung der schutzsuchenden Personen beeinträchtigen.

A6

Antrag

Initiator*innen: AK Migration und Flucht (dort beschlossen am: 14.04.2024)

Titel: **Vielfaltsförderung ist integraler Bestandteil unseres Grünen Stadtverbandes**

Antragstext

Der Stadtverband BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN München begrüßt ausdrücklich das Vielfaltsstatut von 2020 auf Bundesebene und von 2021 auf Landesebene. Die Leitideen dieser beiden Statuten sollen mit diesem Antrag auf die kommunale Arbeit übertragen und mit Leben gefüllt werden. Wir verstehen uns als ein „Zusammenschluss der Vielen“. Unser Grundanliegen ist es, inklusive und damit gerechte Strukturen zu schaffen. Dazu gehört der Abbau von sichtbaren und unsichtbaren Barrieren für diskriminierte, marginalisierte oder unterrepräsentierte Gruppen. Sie werden zur Mitwirkung und zur Übernahme von Ämtern und Mandaten befähigt, unter anderem durch entsprechende Empowerment-Strategien. Es gilt, die Teilhabe von diesen Gruppen an demokratischen Entscheidungsprozessen zu erhöhen und damit die Repräsentanz der vielfältigen Stadtgesellschaft in allen Gremien und auf allen Ebenen voranzubringen. Denn Demokratie kann nur dann gut funktionieren, wenn sich alle hier lebenden Menschen gleichermaßen beteiligen können. Der Einsatz gegen Diskriminierung, Rassismus und andere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus bleibt wesentlicher Baustein unserer politischen Agenda. Daher fühlen wir uns verpflichtet, innerhalb unserer eigenen Strukturen konkrete Maßnahmen einzuführen.

Dieser Antrag wird unterstützt von folgenden Arbeitskreisen (Stand Februar 2024):

- AK Chancengerechtigkeit und Teilhabe für Menschen mit Behinderungen

- AK Feminismus

• AK Migration und Flucht

• AK Shalom

• AK Antifaschismus

1. Vielfaltspolitische*r Sprecher*in

Im Vorstand wird das eigenständige Amt „Vielfaltspolitische*r Sprecher*in“ geschaffen. Sie*Er gehört dem Vorstand an. Die Stelle umfasst unter anderem folgende Aufgaben:

• Evaluation von Vielfaltsaspekten innerhalb der Partei

• Konzeption und Umsetzung von Diversitätsstrategien

• Prüfung der Kommunikationsstrategien

• Schaffung von Safe Spaces für Menschen mit Diskriminierungserfahrungen

• Abbau von Barrieren

• Strategien zur Personalgewinnung, damit hauptamtliche und ehrenamtliche Positionen vielfältig besetzt sind

• Einhaltung des Vielfaltsstatuts bei Vorstandsentscheidungen und bei Versammlungen und Veranstaltungen des Stadtverbands

• Anlaufstelle für Berichte über parteiinterne Diskriminierungserfahrungen, und ihre Dokumentation

Die Satzung des Stadtverbands wird möglichst bald entsprechend angepasst.

2. Vielfaltsbudget

Von den Einnahmen des Stadtverbands werden jährlich mindestens 3% für Maßnahmen und Projekte im Bereich der Vielfalt und Diversität reserviert (berechnet ohne die Beiträge, die an den Landes- und Bezirksverband gehen). Für die Verwendung der Mittel erarbeitet die*der vielfaltspolitische Sprecher*in bis zum 1.

November jeden Jahres einen Vorschlag, welcher dem Vorstand des Stadtverbands zur Entscheidung vorgelegt wird.

Es wird ein “Ermöglichungstopf” eingerichtet, um Mitgliedern zu helfen, Barrieren abzubauen und eine aktive Beteiligung aller zu unterstützen. Gefördert werden können beispielsweise Fahrkarten zum Veranstaltungsort oder Gebärdendolmetscher*innen. Die Gelder kommen aus dem Vielfaltsbudget. Sie können durch eine Anfrage bei der*dem Schatzmeister*in des Stadtverbandes abgerufen werden. Der Zugang zum “Ermöglichungstopf” wird transparent und aktiv kommuniziert, beispielsweise auf der Homepage, und möglichst unbürokratisch und sensibel benachteiligten Gruppen zugänglich gemacht.

3. Hybride Veranstaltungen

Es werden möglichst viele Angebote des Stadtverbands in hybrider Form durchgeführt (also sowohl online als auch analog). Damit bauen wir Barrieren ab und ermöglichen mehr Menschen die Teilhabe an der Parteiarbeit. Parteimitglieder ohne ausreichende IT-Ausstattung werden technisch unterstützt. Analoge Veranstaltungen finden möglichst an Orten statt, die barrierefrei zugänglich sind.

4. Website mehrsprachig und in einfacher Sprache

Auf der Website der GRÜNEN München wird ein grundlegender Text zu den politischen Inhalten und Zielen der GRÜNEN mehrsprachig und in einfacher Sprache veröffentlicht, um zu zeigen, dass unser Stadtverband für alle Menschen offen ist, die die GRÜNEN Werte teilen – ungeachtet ihrer Herkunftssprache, ihrer Herkunftsregion und ihrer sprachlichen Fähigkeiten.

5. Jährliche Evaluation

Die Punkte dieses Vielfaltförderantrags werden nach etwa einem Jahr vom Stadtverbandsvorstand ausgewertet.

Begründung

Begründung

Die Gleichbehandlung aller Personen einer Gesellschaft ist ein grundlegendes rechtliches Prinzip und ein Menschenrecht. Aber der Blick auf den städtischen Alltag zeigt, dass die konkrete Umsetzung dieses

Anspruchs noch immer vor großen Herausforderungen steht. Unsere Partei BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN war immer eine Partei des Fortschritts, eine Partei der Zukunft. Wir möchten unseren Stadtverband weiterbringen auf dem Weg zu einer Organisation, die die progressive und vielfältige Stimmung der Gegenwart atmet und Perspektiven für die Zukunft aufzeigt. Das Voranschreiten dieses Prozesses wird durch das Amt der*des Vielfaltspolitischen Sprechers*in begleitet. Ein entsprechendes Monitoring identifziert Barrieren und Handlungsbedarfe und entwickelt Gegenmaßnahmen (jährliche Berichterstattung, Safe-Spaces, DiversityTrainings, etc.).Das Vielfaltsbudget, die barrierearmen Veranstaltungen und die sprachlich zugänglichere Website unterstützen dabei.

Unterstützer*innen

Hilke Ganzert, Angela Büttner, Anja Callam, Megzon Mehmedali, Karolina Novinscak Kölker, Dardan Kolic, Thorsten Kellermann, Saiyed Qutubuddin Shah, Monir Shahedi, Patrizia Eliani Siontas, Oliver Haas, Daniela Odenwald, Werner Löcher-Lawrence, Martin Züchner, Lino Fischer, Johannes Rückerl, Sharique Javaid, Benoît Blaser, Cornelia Hagemann, Alexander Rohde, Verena Machnik